

# Wir Untertanen

Autor(en): **Baur, Albert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **9 (1911-1912)**

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-748822>

## **Nutzungsbedingungen**

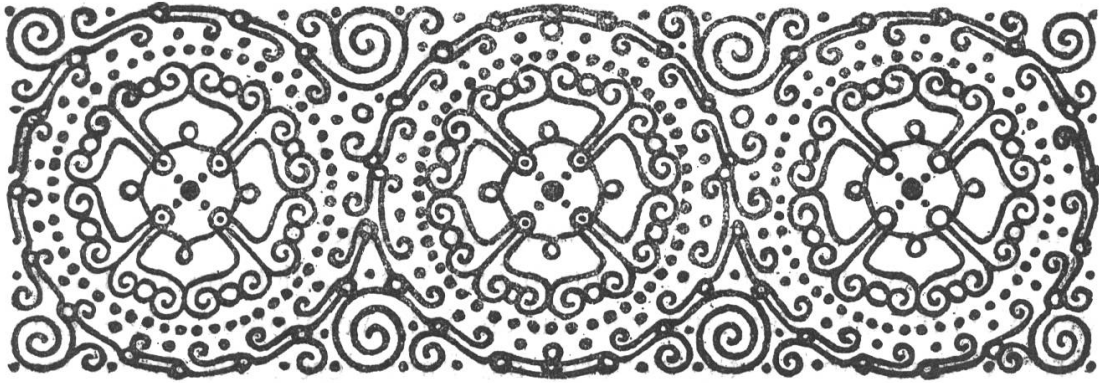
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



## WIR UNTERTANEN

Sehen sie sich einmal, mein lieber Freund, die Programme unserer politischen Parteien an, und fragen sie sich dann, ob es der Mühe wert ist, dieser Texte wegen, die durch nicht viel anderes als die äußere Form von einander abweichen, so lauten Streit zu führen. Und wenn Sie sich die Sache gründlich überlegen, werden Sie mir Recht geben, wenn ich sage: es gibt eigentlich nur zwei Parteien in unserm Land: das Volk und die mehr oder minder beruflichen Politiker. Das Volk herrscht dem Namen nach, und wir nennen unsere Staatsform Demokratie; eigentlich herrschen aber die Politiker, und daher wäre der Titel Arrivistenokratie viel eher am Platze.

Ja, aber diese Politiker tun doch nichts anderes, als dass sie den Willen des Volkes ausführen? Irrtum, mein Lieber. Sie bilden unter sich eine große Bruderschaft, die im Ratsaal und in der Zeitung die künstlichen Gebilde der Parteien durch fleißigen Zank aufrecht erhält und hernach ihre Ellenbogen auf den Tischen verschwiegener Kneipen oft bis in den Morgen zusammendrängt. Und am Volk, an den fügsamen Untertanen, liegt ihnen nicht halb soviel als an der Erweiterung ihres Machtbereichs.

\* \* \*

Wir leben in der Zeit der großen Verstaatlichungen und es wird nicht mehr lange dauern, bis man uns das Hemd auf dem Leib verstaatlicht. Wer hat den Nutzen davon? Wir Untertanen

verlangen nicht mehr, als dass der natürliche Wettstreit der Dinge und Menschen das Beste und den Besten am meisten wirken lasse; und wenn es auch nötig ist, dass ein künstliches Gebilde wie der Staat bisweilen in diesen Wettstreit eingreift, das Gute hindernd und das Mittelmäßige fördernd, so ist doch unser aller Wunsch, dass es so selten als möglich geschehe.

Unser Machtbereich wird durch jede Verstaatlichung verringert, der Machtbereich der Auguren durch jede vergrößert. Die Zahl ihrer Vettern und Vetersvettern, die Zahl derer, die durch ihre Gunst emporkommen oder emporkommen können, die Menschen- und Geldkräfte, die in ihrer Verfügung stehen, die Gelegenheiten, wo irgend etwas für sie abfällt, all das wächst mit jedem nationalen Werk und wächst ins Ungeheure. Und darum geschieht es etwa, dass die Auguren aller Parteien für eine Verstaatlichung einig sind, während wir Untertanen aller Parteien — ausgenommen jene, die noch fest an das Orakel glauben — ebenso einig dagegen sind.

\* \* \*

Da aber das Volk dem Namen nach König ist, muss sein Einfluss mit äußerster Sorgfalt bekämpft werden. Wie hat man gegen jene gewütet, die Unterschriften sammelten, nicht gegen die neue Unfall- und Krankenversicherung, sondern nur dafür, dass der Entscheid über sie beim Volke liege. Bei jenem wilden Schimpfen musste man auf den Gedanken kommen, wenigstens eine Seite dieser Versicherung, nämlich das Monopol, sei ein Geschäft, das die Politiker unter sich ausmachen und bei dem sie den Untertanen die Tür vor der Nase zudrücken wollen. Darum — oder war es aus andern Gründen? — hat auch fast keines unser allzu zahlreichen Blätter und Blättchen eine wirklich gründliche Arbeit über die Vorlage gebracht. —

In Zürich hatte der freisinnige Stadtverein eine Versammlung zur Besprechung eines Stadthausbaues einberufen. Die Abstimmung ergab ein Verhältnis der Verwerfenden zu den Annehmenden von sieben zu fünf. Der Vorsitzende erklärte ausdrücklich, dass sich die Parteileitung diesem Beschlusse fügen würde. In dem öffentlichen Aufrufe gab sie aber wider diesen Beschluss die Stimme frei. Weil ihr die Zusammensetzung der Versammlung nicht ge-

passt hatte. Und weil die Auguren unter sich dem Entwurf einstimmig zugejubelt hatten. Und weil ein paar aus der Bruderschaft in böse Verlegenheit gekommen wären, hätte man das Projekt wirklich verworfen. Sucht man nun aber nach dem Wahltag die Stimmen der freisinnigen Partei aus der Urne heraus, so ist das Verhältnis der Nein zu den Ja im ungünstigsten Fall zwei zu eins. Das war die Antwort der Untertanen an die Auguren.

\* \* \*

Eine der größten Missetaten der Politiker gegen das Interesse von uns Untertanen ist die Verleihung von Richterstellen zum Dank für Parteidienste. Man schwärmt für Laienrichtertum. Man hat für „nicht politischer Streber sein“ die wirksame Formel gefunden „kein Herz fürs Volk haben“. Und hier ist die freisinnige Partei, die bei einer Oberrichterwahl den anerkannt vorzüglichen Richter erst dann vorschlägt, als drei Parteimänner zurückgetreten sind, sowenig freizusprechen als die Sozialisten, die gerade in dem Augenblick, wo die Wirrsale zwischen altem und neuem Recht gebieterisch nach erfahrenen, von Jugend auf juristisch denkenden Männern schreien, einen simplen Lehrer aber schon längst zu belohnenden Parteimann zum Bezirksrichter vorschlagen.

\* \* \*

Nun dürfen Sie mich ja nicht missverstehen, lieber Freund, als würde ich unsere Politiker als eine Bande von Bösewichtern ansehen; da kenne ich und schätze ich doch ihrer zu viele. Aber es hat sich ganz von selbst ergeben, dass sie eine Interessengemeinschaft geworden sind und wir Untertanen eine andere. Das Machtbedürfnis der Auguren ist bei den meisten unterbewusst, und sie zweifeln selbst nicht im geringsten an ihren guten Willen. Das schließt aber für uns nicht aus, dass wir uns des Gegensatzes bewusst sind und danach handeln. Und dass wir gerade dann, wenn die Bruderschaft vollkommen einig ist, uns gründlich überlegen, ob ihre Absichten uns oder ihnen größern Nutzen bringen.

ZÜRICH

ALBERT BAUR

□□□